

Woll, Artur; Zinn, Karl Georg; Rothschild, Kurt W.

**Article — Digitized Version**

## Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Woll, Artur; Zinn, Karl Georg; Rothschild, Kurt W. (1981) : Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 1, pp. 7-16

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135516>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens?

Der Glaube an die Machbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung durch staatliche Interventionen hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Stehen wir nun vor einer Renaissance eines verstärkt marktwirtschaftlichen Denkens? Die Professoren Artur Woll, Karl Georg Zinn und Kurt W. Rothschild nehmen Stellung.

Artur Woll

### Neuorientierung einer überholten Wirtschaftspolitik?

Seit einiger Zeit wird in Wissenschaft und Praxis – nicht zuletzt auch in Massenmedien – die Frage erörtert, ob wir an einem Wendepunkt unseres ökonomischen Denkens stehen. Eine Reihe von Indizien sprechen für eine Wiederbelebung des marktwirtschaftlichen Denkens. Kann man tatsächlich von einer solchen Renaissance sprechen? Eine Antwort auf diese Frage ist – wie mir scheint – erheblich von persönlichen, also zufälligen Eindrücken und von Wertungen abhängig. Schon kurzes Nachdenken legt es nahe, zwischen der Situation in der Wissenschaft und der in der Wirtschaftspolitik zu unterscheiden.

#### Keine wissenschaftliche Renaissance

Mein Eindruck zur Lage im Fach ist: Eine Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens läßt sich in der Wirtschaftswissenschaft – beschränkt man sich auf den deutschsprachigen Raum – nicht konstatieren. Hält man sich an die Sprachlogik, setzt eine Renaissance voraus, daß etwas abgestorben

oder untergegangen ist, was einmal in Blüte stand. An dieser Voraussetzung fehlt es jedoch.

Die Überwindung der Kriegs- und Zwangswirtschaft durch die Wettbewerbsordnung gab dem marktwirtschaftlichen Denken in der Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg starken Auftrieb. Dieses Denken hat innerhalb des Faches bis heute eine ungebrochene Tradition. Dem steht weder entgegen, daß in den ersten Jahrzehnten dieser Phase die Vertreter der Wettbewerbsordnung zumindest in der Bundesrepublik Deutschland einen größeren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausübten als heute, noch daß im letzten Jahrzehnt Gegner dieser Ordnung in einigen Universitäten dominierend geworden sind. Nach der unverändert herrschenden Meinung gibt es zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung in einer Demokratie keine wirkliche Alternative, auch wenn nur wenige Nationalökonomien mit deren Ausprägung in der Realität – früher wie heute – zufrieden sein dürften. Dies hat sich deutlich auf der Tagung des Vereins für So-

zialpolitik 1980 in Nürnberg gezeigt, die ausschließlich ordnungstheoretischen und -politischen Problemen gewidmet war. Die Wahl des Tagungsthemas entspricht der erwähnten Tradition, auch wenn sie die gegenwärtige wirtschaftspolitische Diskussion akzentuiert.

Es versteht sich, daß Erkenntnisse und Ausdrucksweisen der Wissenschaft im Laufe von Jahrzehnten Wandlungen unterliegen. Form und Inhalt der Grundlagen des marktwirtschaftlichen Denkens werden heute anders präsentiert als in den fünfziger Jahren – ein Grund, warum z. B. das in mancher Hinsicht zeitlose Buch von Walter Eucken „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ im akademischen Unterricht kaum noch benutzt wird. Stark vereinfacht und unter Verwendung beliebter Klischees kann man sagen, daß im deutschsprachigen Raum der Einfluß der „Freiburger Schule“ zurückgegangen und der der „Chicago Schule“ gestiegen ist, vor allem wenn man – mit Ausnahme seiner neueren währungspolitischen Vorstellungen – Friedrich August von Hayek der

letzteren zurechnet. Diese Entwicklung rechtfertigt es jedoch nicht, von einer Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens zu sprechen.

### Das Ende einer wirtschaftspolitischen Ära

Mein Eindruck zur Lage in der Wirtschaftspolitik ist: Die staatlichen Entscheidungsträger sind – in fast allen Industrienationen – außerstande, das Zurückdrängen der Privatwirtschaft fortzusetzen. Eine nunmehr breite Bevölkerungsschichten drückende Steuerlast sowie eine wachsende, zum Teil galoppierende Staatsverschuldung bei gleichzeitiger Stagflation haben nach einigen Jahrzehnten den Wohlfahrtsstaat und die Fiscal Policy sowohl finanziell als auch politisch in eine Sackgasse geführt. Daß Wirtschaftspolitiker neuerdings das Wort Marktwirtschaft wieder häufiger in den Mund nehmen, muß nicht besserer Einsicht entspringen. Wenn wir in den nächsten Jahren mehr Marktwirtschaft haben werden, als nach dem Vordringen des Wohlfahrtsstaates und einer an Keynes orientierten Stabilitätspolitik zu erwarten war – immerhin aber weniger Marktwirtschaft als zuvor –, so nicht oder nicht in erster Linie deswegen, weil unter den maßgeblichen Wirtschaftspolitikern das marktwirtschaftliche Denken in neuer Blüte stünde. Warum nicht?

Eine Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens, die in der Wirtschaftspolitik anders als in der Wirtschaftswissenschaft möglich wäre, findet in absehbarer Zeit vermutlich nicht statt, weil dafür unerläßliche Voraussetzungen fehlen. Diese Behauptung, der spekulative Züge und politische Einschätzungen anhaften, möchte ich auf die Verhältnisse in der Bundes-

republik Deutschland beschränken.

Ein erstes Erfordernis für eine verstärkte Hinwendung zur Marktwirtschaft wäre ein ordnungspolitischer Konsens zwischen der Bundesregierung – vor allem dem Wirtschaftsminister – und der Mehrheit der sie tragenden Parlamentsfraktionen. Die Auseinandersetzungen der letzten Zeit über wichtige ordnungspolitische Fragen – z. B. über die Mitbestimmung oder die Investitionslenkung – belegen hinreichend deutlich, daß es bestenfalls gelingt, weitere Eingriffe in die marktwirtschaftliche Ordnung zu verhindern. Eine zweite, mit der ersten zusammenhängende Voraussetzung für eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik wäre die Unabhängigkeit der Entscheidungsträger von Koalitionskonstellationen und Interessenverbänden.

Selbstverständlich haben Minderheiten in Regierungsfractionen und die Interessenverbände auch

früher versucht, die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen, wenn nicht zu bestimmen. Was aber insbesondere Ludwig Erhard auszeichnete, war die Folgerichtigkeit seines marktwirtschaftlichen Handelns auch in Fällen, in denen einzelne Mitglieder der Bundesregierung, Teile der Regierungsfractionen und mächtige Interessenverbände – wie der Bundesverband der deutschen Industrie bei der Kartellgesetzgebung oder der Deutsche Gewerkschaftsbund bei Maßhalteappellen zur Lohnpolitik – gegen seine Wirtschaftspolitik ankämpften. Allerdings war eine solche Politik nur möglich, weil sich die Verantwortlichen der Wirtschaftspolitik von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wußten und deshalb Opponenten – vor allem im eigenen politischen Lager – ihre Kritik in Grenzen halten mußten. Diese Bedingungen scheinen heute jedoch nicht mehr gegeben.

Die Verwirklichung einer dritten Voraussetzung widerspräche Lebenserfahrungen: Zahlreiche Wirtschaftspolitiker, auf deren Entscheidung es ankommt, müßten die Grundlagen ihrer bisherigen Politik aufgeben. Keynes hat einmal geäußert, daß Menschen nach dem dritten Lebensjahrzehnt kaum noch dazulernen, so daß verantwortliche Politiker einen Wissensstand hätten – und danach handeln –, der dem ihrer Väter und Großväter entspräche. In Demokratien entscheidet der Wähler, indem er eine bestimmte Wirtschaftspolitik präferiert, auch über das Wissensdefizit der Politiker. Die Frage ist, wie lange Politiker Wählern klarmachen können, daß ihre Absichten nicht nur populär, sondern auch erreichbar sind.

In einigen Industrieländern – z. B. in Großbritannien und in den USA – hat sich inzwischen die Mehrheit der Wähler gegen eine

#### Die Autoren unseres Zeitgesprächs

*Prof. Dr. Artur Woll, 57, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität-Gesamthochschule-Siegen. Er war von 1972 bis 1980 ihr Gründungsrektor.*

*Prof. Dr. Karl Georg Zinn, 41, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.*

*Prof. Dr. Kurt W. Rothschild, 66, ist Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Linz.*

weitere Verfolgung wohlfahrtsstaatlicher Ziele und eine Stabilisierung der Konjunktur über den Staatshaushalt ausgesprochen. Keynes hat übrigens – was oft oder gern übersehen wird – ausdrücklich erklärt (Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner Allgemeinen Theorie, Berlin 1936), sein Konzept lasse sich am besten in einem totalen Staat verwirklichen.

### Kurswechsel?

Da nach meiner Auffassung marktwirtschaftliches Denken in der Wissenschaft nicht untergegangen ist, in der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland seine Renaissance derzeit nicht wahrscheinlich sein dürfte, könnten sich die wissenschaftlichen Bemühungen um eine ordnungspolitisch konforme Stabilitätspolitik verstärken. Trotz einer breiten Strömung

für die Wettbewerbsordnung gibt es keine brauchbare Konjunkturtheorie und deshalb auch keine rational begründete Konjunkturpolitik. Auch die „Monetaristen“, die noch am ehesten eine marktwirtschaftliche Alternative zur keynesianischen Nachfragesteuerung vorweisen könnten, nehmen dies entgegen einer verbreiteten Meinung nicht in Anspruch. Milton Friedman hat vielmehr wiederholt betont, die Verstetigung des Geldmengenwachstums sei stabilitätspolitisch nur die zweitbeste Lösung, weil wir über die kurzfristigen Zusammenhänge gesamtwirtschaftlicher Größen nicht genug wüßten.

Die Dogmen- und Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß wissenschaftliche Erkenntnisse in der Regel nicht a priori, sondern beim Versuch gewonnen wurden, praktische Pro-

bleme zu lösen. In Übereinstimmung mit dieser Erfahrung hat die Ausweglosigkeit der bisherigen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren Untersuchungen ausgelöst, in denen die kurzfristigen Zusammenhänge im Vordergrund stehen. Dieser fachliche Trend wird sich wohl verstärken.

Ob dabei eine marktwirtschaftlich orientierte Alternative heranreift, ist schwer zu sagen. Ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik ist freilich selten der intellektuellen Anziehungs- oder Überzeugungskraft einer Alternative, sondern meist dem Versagen des bisherigen Konzepts zuzuschreiben. Sollte es zu einem Kurswechsel auch hierzulande kommen, wird zu gegebener Zeit noch zu prüfen sein, ob dies die Folge einer Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens unter Wirtschaftspolitikern ist.

Karl Georg Zinn

## Der sozialstaatliche Interventionismus steht zur Disposition

Die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer ist in den Sog der neoklassischen Theorie und ihres pragmatischen Ablegers, des Monetarismus, geraten. Oberflächlich betrachtet erscheint diese politische Strömung als „Rückkehr“ zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß es gar nicht um mehr Marktwirtschaft geht, sondern um einen Angriff auf die hart erkämpften sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlichen Strukturen der westlichen Demokratien.

Auch trifft die in der Presse benutzte Kurzformel „mehr Markt und weniger Staat“ die Sache nicht.

Denn es geht nicht um weniger Staat schlechthin, sondern um Beschneidung der sozialen, verteilungspolitischen Äste am interventionistischen Stamm. Zwar bedeutet dies auch insgesamt eine quantitative Reduktion des Interventionismus, aber weitaus wichtiger als die quantitative Einschränkung der Staatstätigkeit – meßbar etwa an der Entwicklung der Staatsquote – ist die Tendenz der qualitativen Veränderung der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Deutlich wird dies etwa daran, daß Einsparungsmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben in erster Linie die sozial- und verteilungspolitischen

Posten betreffen, während die unternehmensbezogenen, direkt oder indirekt auf Gewinnsicherung bezogenen Ausgaben kaum angetastet werden. Es geht also nicht um weniger Staat, sondern um weniger Sozialstaat – zugunsten einer stärkeren staatlichen Protektion des Privatkapitalismus.

Was sich abspielt, muß verwundern. Denn in der langen Geschichte des Industriekapitalismus hat sich erwiesen, daß marktwirtschaftliche Prozesse Krisen hervorrufen und nicht in der Lage sind, ohne umfangreiche staatliche Eingriffe die Krise wieder zu beheben: die zehn Jahre von 1929 bis 1939

sind bereits Beweis genug. Der Interventionismus als Handlungsprinzip hat auch keineswegs versagt, wie noch etwas eingehender darzulegen sein wird. Allerdings wurde er auch nur selten konsequent praktiziert: interventionistische Beschäftigungspolitik in größeren Depressionen wurde regelmäßig zu zögernd und in zu geringem Umfang konzipiert. Zudem wird von den Regierungen auch meist übersehen, daß die Vollbeschäftigung nach keynesianischem Muster sich nicht auf temporäre Ankurbelung beschränken kann, sondern eine Daueraufgabe darstellt; solange nämlich, wie die privaten Investitionen auf dem Vollbeschäftigungsniveau unter der (freiwilligen) Ersparnis der Volkswirtschaft bleiben. Wenn aufgrund relativer Sättigung, nachlassenden Welthandelswachstums, verringerter Innovationsmöglichkeiten und aufgrund von anderen Faktoren die Investitionsrisiken steigen, somit die Investitionsbereitschaft nachläßt bzw. die erzielbaren Renditen aus der Sicht der privaten Investoren im Verhältnis zu den Risiken zu gering erscheinen, um vorhandenes Kapital in neuen Projekten zu binden, verliert der privatkapitalistische Sektor an Dynamik. Kompensierende Expansionskräfte können dann nur vom wirtschaftspolitischen Interventionismus, speziell staatlichen Investitionsprogrammen, ausgelöst werden.

Die junge Hoffnung der Wirtschaftspolitik der westlichen Regierungen auf die alten Versprechungen des Privatkapitalismus, der kaum von seinen interventionistischen Fesseln befreit, zu neuen Wachstumsgipfeln führe, ist eine Illusion. Interventionsfreie Marktwirtschaft ist unter den heutigen Gegebenheiten weder ökonomisch möglich, noch läßt sie sich politisch längere Zeit durchhalten: die öko-

nomische Unmöglichkeit ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß die Volkswirtschaften in so starkem Maße von staatlichen Ausgaben, Subventionen und Investitionshilfen abhängig sind, daß eine umfangreiche Rücknahme dieser Politik zu einem weitgehenden Zusammenbruch des privatkapitalistischen Sektors führen würde. Politisch läßt sich jene Politik nur solange durchhalten, wie die ideologische Zuflucht der von den Gegenwartsproblemen schockierten Wähler zu konservativen Parteien anhält.

### Ein Zwischenspiel

Die „Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens“ dürfte ein Zwischenspiel bleiben; allerdings werden die Volkswirtschaften in der unmittelbaren Zukunft erst einmal nach dieser Melodie tanzen – bis den Musikern der Atem ausgeht. Die wirtschaftspolitische Abkehr vom sozialstaatlichen Interventionismus und die Verbeugung vor der privatkapitalistischen Industrie könnte als rationale Reaktion auf systemspezifische Anforderungen interpretiert werden; in der Krise vermindert sich der Spielraum für soziale und emanzipatorische Politik, und deshalb gilt es, den „produktiven“ Sektor wieder stärker zu protegieren. Da der „produktive“ Sektor privatkapitalistisch strukturiert ist, müßte alles getan werden, um die Rentabilität und die Gewinnsituation zu verbessern. Dieses Rezept ist jedoch keineswegs so funktional, wie manche Apologeten und manche Systemkritiker meinen, denn es wird nicht funktionieren, sondern die Lage noch verschlechtern. Das eklatante Versagen marktwirtschaftlicher Selbstheilungskräfte wurde in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre in zweifacher Weise bewiesen: Länder, die, wie Großbritan-

nien und die USA, auf einen forcierten beschäftigungspolitischen Interventionismus verzichteten<sup>1</sup>, blieben während des gesamten Jahrzehnts nach 1929 unter dem Beschäftigungs- und Produktionsniveau vor Eintritt der Krise. Zweitens zeigte die durch den Zweiten Weltkrieg erzwungene Staatsausgabensteigerung, die mit einem umfangreichen System von Preis- und Lohnkontrollen verbunden war, daß konsequente interventionistische Politik Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität sichern kann<sup>2</sup>.

Die „Renaissance marktwirtschaftlichen Denkens“ wird sich aber auch aus anderen Gründen als Strohfeuer erweisen. Diese rückwärtsgerichtete Konzeption steht nämlich in krassem Gegensatz zu den realen Entwicklungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, speziell des Weltmarktzusammenhangs: Konzentration, Oligopolisierung und Kartellierung der Märkte, die fortschreitende Ausbreitung der multinationalen Unternehmensstruktur sowie auch die von seiten der Dritten Welt erhobenen Forderungen nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, die – wie immer im Detail konzipiert – weniger und nicht mehr Marktwirtschaft impliziert, haben die konkurrenzwirtschaftliche Ordnung in einem Maße verändert, das weder die Rückkehr zu einem milden Laissez-faire erlaubt, noch historisch reversibel ist.

### Paläoliberaler Exorzismus

Der konservative Trend in der Wirtschaftspolitik läßt sich im Hinblick auf die wirtschaftsgeschichtli-

<sup>1</sup> Es sei daran erinnert, daß der beschäftigungspolitische Ansatz von Roosevelts New Deal durch die konservative Verfassungsrechtsprechung der USA ganz wesentlich beschnitten wurde.

<sup>2</sup> Vgl. K. G. Zinn: Preissystem und Staatsinterventionismus, Köln 1978.

che Entwicklung als anachronistisch und unter dem Aspekt ökonomischer Notwendigkeiten als widersprüchlich interpretieren. Beispielsweise bietet die Wirtschaftspolitik Margaret Thatchers ein deutliches Beispiel dafür, wie paläoliberaler Exorzismus sogar die konservative Klientel auf die Barrikaden treiben kann: der britische Industriellenverband (CBI) liegt seit seiner Jahrestagung am 11. 11. 1980 auf Gegenkurs zu Frau Thatchers Sanierungsprogramm.

Wenn hier der wirtschaftspolitische Konservatismus als anachronistisch charakterisiert wird, so bleibt er doch um so mehr ein reales, erklärungsbedürftiges Phänomen. Eine mögliche Erklärung ergibt sich aus der politischen und ideologischen Reaktion der Wähler in den westlichen Staaten. Die Mehrheit der Wähler ist der Mittelschicht zuzurechnen, also von kleinbürgerlichem Besitzdenken und Veränderungsangst bestimmt. Hieraus erwachsen zusammen mit den vom privatkapitalistischen Sektor ausgehenden Einflüssen erhebliche Restriktionen für die interventionistische Politik in der Krise. Regierungen tendieren vor diesem politischen Hintergrund nicht zu einer sukzessiven Ausweitung staatlicher Wirtschaftslenkung, sondern versuchen, sich aus der sozial- und beschäftigungspolitischen Verantwortung zu stehlen.

Mit dieser Entlastungsstrategie wird sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtern, und als Folge dieser Entwicklung wachsen die sozialen Spannungen. Damit gerät aber auch das politische System in eine Gefahrenzone: der Verlust sozial- und verteilungspolitischer Loyalitätssicherung läßt möglicherweise zu anderen Mitteln greifen, nämlich zu repressiven Maßnahmen. Man erinnere sich, daß im August 1980, als der Streik der pol-

nischen Arbeiter das Regime erschütterte, ohne daß polnische Polizei und polnisches Militär eingriffen, die französische Regierung die Kriegsmarine gegen ein paar widerborstige Fischer mobilisierte. Solche Maßnahmen sind in einem demokratischen Staat aber nur möglich, wenn die Regierung über eine entsprechende Mehrheit verfügt. Zugespißt lautet somit die *politökonomische* Frage: Warum reagieren die Wohlstandsgesellschaften in den westlichen Ländern zur Zeit „konservativ“ und antiinterventionistisch?

Seit etwa zehn Jahren vollzieht sich ein allmählicher Bewußtseinswandel in der Öffentlichkeit der westlichen Länder: Umweltbelastungen, Rohstoff- und Energieverteuerung, Inflation und Arbeitslosigkeit, Unsicherheit über den Fortbestand der sozialen Sicherungssysteme und Agressivität in den internationalen Beziehungen schüren die Zukunftsangst der Menschen und provozieren das Gefühl, daß es „so“ nicht weitergehen kann. Die skizzierten Herausforderungen an Wirtschaft und Gesellschaft könnten eine breite Aufbruchstimmung hervorrufen, eine Bereitschaft, die zentralen Menschheitsprobleme – Beseitigung des Hungers und Bewahrung des Friedens – durch eine außerordentliche historische Anstrengung der internationalen Solidarität zu meistern. Dem stehen aber die menschlichen Veränderungsängste und die für die westlichen Mittelstandsgesellschaften typische Besitzstandsmentalität entgegen. Aufbruch würde bedeuten, eine Vielzahl herkömmlicher Normvorstellungen und Systemstrukturen zur Disposition zu stellen: etwa eine fundamentale Veränderung der nationalen und internationalen Einkommensverteilung, dauerhafte Verschiebung der wirtschaftlichen

Wachstumspotentiale aus den Industrie- in die Entwicklungsländer, Veränderung der Wohlstandsvorstellungen vom Materiellen auf das Immaterielle, also „Kultur statt Konsum“.

### Der Weg ins Abseits

Doch der gebotene historische Veränderungsprozeß spielt sich nicht nach rational geplanten Handlungsschemata ab, sondern verläuft über Widersprüche und umfaßt den zeitweiligen Rückfall auf überkommene Verhaltensmuster. Die konservative Tendenz im Regierungshandeln der westlichen Länder läßt sich – um einen Begriff aus der Verhaltensforschung zu wählen – als eine Art Fluchtbewegung interpretieren: statt der Herausforderung adäquat, d. h. mit qualitativ neuer Politik, zu begegnen, wird der Weg ins Abseits in der irrigen Hoffnung gewählt, man könne den Problemen dadurch begegnen, daß man zu politischen Praktiken der Vergangenheit zurückkehrt. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß das aktuelle Problemspektrum, das die Wirtschaftskrise auszeichnet, von konservativen Positionen aus als Resultat „falscher“ Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik interpretiert wird. Der antiinterventionistische Affekt des Monetarismus, die Diffamierung des Sozialstaates als „Anspruchs- und Gefälligkeitsdemokratie“, der offen und subversiv geführte Kampf gegen eine Erweiterung demokratischer Handlungsspielräume u. a. in der kapitalistischen Wirtschaft umreißen die ideologische Gestalt des gegenwärtigen Konservatismus.

### Veränderungsängste

Das erklärungsbedürftige Phänomen des Neokonservatismus liegt nicht darin, daß es überhaupt

solche Tendenzen gibt – sie sind stets vorhanden –, sondern daß sie so breite Zustimmung finden. Ausschlaggebend scheint hierbei die Tatsache zu sein, daß – wie bereits angedeutet – die Wählermehrheiten in den westlichen Ländern der Mittelschicht angehören und die Mittelschichtsideologie weit über diese soziale Schicht hinaus, nämlich nach „unten“ bestimmend geworden ist – nicht zuletzt durch die starke ideologische Bindung von Teilen der Arbeiterschaft an die bestehenden Verhältnisse. Mittelschichten sind zwar auch ein Rekrutierungsfeld für sozialreformerische Ideologien und radikaldemokratische Avantgarden, aber solche gesellschaftliche Emanzipationsströmungen treffen nur in ökonomischen und politischen Schönwetterperioden auf breite Zustimmung. Sobald es am Wirtschaftshorizont düster wird, erhalten Veränderungsängste und Besitzstandsmentalität dominierende Bedeutung: da sich der Status quo nicht für die gesamte Gesellschaft halten läßt, verschärft sich der Verteilungskampf, und die Verteilungsfrage wird zugunsten der konservativ reagierenden Mittelschicht gelöst.

Ein Extrembeispiel hierfür liefert der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980. Bei der für die USA üblichen Wahlbeteiligung (von 52 %) gelang dem Mittelschichtskonservatismus ein überwältigender Sieg. In Westeuropa liegen die Verhältnisse etwas anders: Arbeiterschaft, Jugend, ökonomische Unterschicht sind – anders als in den USA – stärker in das politische und gesellschaftliche System integriert – die Wahlbeteiligung liegt auch entsprechend höher –, so daß die Mittelschichtregierungen zu mehr Konzessionen gegenüber den an sozialstaatlicher Politik

interessierten Minderheiten gezwungen bleiben<sup>3</sup>. Vor allem sind hierbei die wesentlichen Unterschiede der gesellschaftspolitischen Positionen der Gewerkschaften in Westeuropa und den USA zu beachten.

### Frappierende Wende

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß auch in Westeuropa das anti-interventionistische Ressentiment wächst und die Parole „Rückkehr zur Marktwirtschaft“ selbst bei Gruppen Wiederhall findet, deren objektive Lebenssituation durch den sozialstaatlichen Interventionismus verbessert wurde. Frankreich, England – und mittlerweile auch die Bundesrepublik – sind Beispiele für diese konservative Wende der Wirtschaftspolitik. Das Frappierende an der wirtschaftspolitischen Wende wird erst ganz klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die empirischen Tatsachen keineswegs ein Versagen des Interventionismus, eine „wissenschaftliche“ Widerlegung der keynesianischen Beschäftigungspolitik zeigen. Im Gegenteil: der keynesianische Interventionismus und die sozialstaatlichen Sicherungen haben in den vergangenen sieben Jahren verhindert, daß die Weltwirtschaft wieder auf das Depressionsniveau der dreißiger Jahre zurückfiel, der Außenhandel unter protektionistischen Bestrebungen zusammenbrach und sich das Massenelend der dreißiger Jahre wiederholte.

Man stelle sich doch einmal vor, die OECD-Länder hätten nach 1973 auf die heute verketzerte Defizitpolitik verzichtet und sich sofort der tumblenden Doktrin der ökonomischen Vorklärung gefügt, die darauf hinausläuft, die Staatsausgaben sukzessive mit den krisenhaft sinkenden Steuereinnahmen zu senken. Speziell die Bundesre-

publik verdankt der Keynesischen Lehre Außerordentliches: Die im internationalen Vergleich noch relativ günstige Beschäftigungslage in unserem Land ist nicht nur auf die eigene Staatsverschuldung zurückzuführen, sondern wohl in gleichem Maße auf die der Nachbarländer! Das Emporschnellen der öffentlichen Defizite bei so wichtigen Handelspartnern wie Frankreich und Italien (neben Benelux die größten Abnehmer deutscher Exportgüter), aber auch Schweden, Norwegen, Dänemark, Japan und andere Länder sind zu nennen, kam der bundesdeutschen Wirtschaft und ihren Beschäftigten zugute<sup>4</sup>.

### Halbherziger Interventionismus

Wenn die westlichen Regierungen wirklich zur massiven Konsolidierung der öffentlichen Haushalte übergehen sollten, dann dürfte die industrielle Reservearmee Westeuropas 1982/83 auf über zehn Millionen steigen; zur Stahlkrise gesellt sich dann eine noch schlimmere Automobilkrise, und die Chemieindustrie sowie einige andere Schlüsselbereiche werden die siebziger Jahre als „Goldene Zeiten“ zurücksehen. Daß solche

<sup>3</sup> Ausführlicher hat sich der Verfasser mit dem ambivalenten Verhältnis von demokratischem Sozialstaat und Privatkapitalismus an anderer Stelle befaßt. Vgl. K. G. Zinn: Die Selbsterstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek 1980, S. 40 ff. passim.

<sup>4</sup> Der Vergleich der Staatsverschuldung zwischen den wichtigsten westeuropäischen Ländern, den USA und Japan zeigt, daß die Bundesrepublik die drittniedrigste Staatsverschuldung (gemessen als Prozentsatz der Staatsschuld am Bruttosozialprodukt) aufweist; auch die Zunahme der Staatsschulden nach 1974 erfolgte in den meisten Vergleichsstaaten sehr viel rascher als in der Bundesrepublik. Und selbst der Zinsdienst im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des jeweiligen Zentralstaates ist in der Bundesrepublik vergleichsweise niedrig – trotz der restriktiven Geld- und Zinspolitik der Bundesbank während der vergangenen Jahre. Vgl. zu Detailangaben Staatsverschuldung: Funktionen, Wirkungen und Grenzen – Ergebnisse einer Tagung im Ifo-Institut, in: Ifo-Schnelldienst, Jg. 33, 29/30, vom 15. 10. 1980, S. 1 ff., sowie Ifo-Studien, Heft 3/1980.

Produktions- und Beschäftigungseinbrüche nicht einmal die Inflation dauerhaft zu brechen vermögen, läßt sich empirisch u. a. an der Preisniveaumentwicklung in den dreißiger Jahren ablesen: Als die USA und Großbritannien 1934 noch sehr weit vom Vollbeschäftigungsniveau entfernt waren, stiegen ihre Preisniveaus schon wieder an. Auch dürfte es bereits ohne Rückgriff auf kompliziertere theoretische Überlegungen einleuchten, daß ein massiver Produktionsrückgang und damit eine entsprechende Verminderung im Warenangebot bei gleichzeitiger Produktivitätsstagnation und starker Stückkostenerhöhung weder einen sinnvollen noch wirksamen Beitrag zur Lösung des Inflationsproblems darstellt.

Millionen Menschen in den westlichen Ländern verdanken der Defizitpolitik der vergangenen Jahre ihren Arbeitsplatz; daß nicht alle vor Arbeitslosigkeit bewahrt wurden, ist nicht die Schuld des Keynesianismus, sondern der Halbherzigkeit, mit der die Regierungen Interventionismus betrieben und zur falschen Zeit Steuersenkungsprogramme placierten. Wer Antibiotika aus Furcht vor Nebenwirkungen unterdosiert, wird den Patienten nicht heilen, aber die Nebenwirkungen dennoch nicht vermeiden. Aber Keynes geriet in Verruf; und nach aller Erfahrung bleibt immer irgendwas hängen.

In der Öffentlichkeit, d. h. bei den Wählern, ist vor allem das Zusammentreffen von Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsverschuldung hängengeblieben. Bei dem relativ geringen Kenntnisstand des Durchschnittsbürgers über wirtschaftliche Zusammenhänge fiel es der antiinterventionistischen Propaganda nicht allzu schwer, Ursache und Wirkungen umzukehren: Staatsverschuldung als Kern

allen Übels. Da halfen auch sachliche Korrekturen einiger Experten und wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute wenig. Der Ruf nach „Freiheit vom Staat“ findet breites Gehör auch, weil die meisten Bürger schon Ärger mit Bürokratien und Technokraten hatten und die Politiker und Parlamente in der Tat unter dem Deckmantel des Interventionismus auch schlichten Unsinn produzieren oder ihn zumindest zulassen; die europäische Agrarpolitik und ärgerliche Erhaltungssubventionen sind nur einige „Glanzlichter“ staatlichen Mißmanagements. Nur: die Fehlleistungen und Fehlinvestitionen des Privatsektors, Steuerbetrug und Wirtschaftskriminalität mit ihren Milliarden Schäden finden weit weniger öffentliche Aufmerksamkeit und bleiben ordnungspolitisch folgenlos.

#### Etikettenschwindel

Die Parole „Freiheit vom Staat“ ist wie gesagt Etikettenschwindel; sie verbirgt mehr, als sie offenbart. Denn es geht nicht um prinzipiell weniger Staat, sondern um eine Verlagerung des staatlichen Interventionismus zu Lasten sozial- und verteilungspolitischer Aktivitäten und zugunsten einer stärkeren Förderung privatkapitalistischer Finanzierungs- und Handlungsspielräume. Symptomatisch ist etwa das Scheingefecht um das europäische Stahlkartell: nicht die kartellierte Produktion schlechthin stand zur Debatte, sondern es ging lediglich darum, ob man beim Privatkartell, dem sogenannten „freiwilligen“ Kartell bleibt, oder ob staatliche, genauer suprastaatliche Regelungen greifen. Als ob das Abweichen von marktwirtschaftlichen Prinzipien in privatwirtschaftlicher Eigenregie der Allgemeinheit eher zuzumuten ist, als wenn Monopole und Kartelle öffentlicher Kontrolle unterliegen. Der ordoliberalen Groß-

meister, Walter Eucken, hatte hierzu eine klare Meinung: Kartelle und Monopole gehören unter staatliche Aufsicht.

Die Diskussion um die Stahlkrise weist jedoch eine weitere Problemverkürzung auf, nämlich die schiefe Sichtweise des implizierten Strukturproblems: von bundesdeutscher Seite wurde die Strukturkrise der Stahlindustrie primär als Folge unzureichender technischer Anpassungen der ausländischen Stahlindustrien interpretiert. Im Grunde handelt es sich aber gar nicht um die Frage, ob zwischen den verschiedenen europäischen Stahlherstellern gravierende Unterschiede im Rationalisierungsstand vorliegen – der Luxemburger ARBED-Konzern hat ähnlich der deutschen Stahlindustrie in den vergangenen Jahren scharf rationalisiert –, sondern es liegen generell Überkapazitäten vor; es handelt sich also um eine Überproduktionskrise, die auch dann vorliegen würde, wenn alle Produzenten im Gleichschritt rationalisiert hätten.

Strukturpolitische Maßnahmen (im Stahlbereich) werden sich nicht auf Rationalisierungen beschränken können, sondern auch das (Über-)Kapazitätsproblem ist zu lösen. Kapazitätsfragen in einem industriellen Schlüsselbereich können aber nicht isoliert von den übrigen Sektoren bzw. der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gelöst werden. Deshalb greifen die Strukturprobleme der verschiedenen Branchen ineinander. Es fragt sich, ob die anstehenden Struktur-schwierigkeiten der europäischen Wirtschaft – wenn nicht der Weltwirtschaft – nicht ein neues ordnungspolitisches Konzept derart erfordern, daß die Investitionstätigkeit in längerfristige Entwicklungsplanungen eingebettet wird, womit sich die Investitionsrisiken zugleich verringern ließen. Dies würde be-



deuten, daß die kurzfristige Nachfragesteuerung (demand management) nach dem herkömmlichen Muster keynesschen Interventionismus durch eine längerfristige Investitionslenkung ergänzt werden muß; zumindest sind deutliche gesamtwirtschaftliche (europäische) Planvorgaben notwendig, um die Kapazitätsentwicklungen in den verschiedenen Ländern bzw. Sektoren aufeinander abzustimmen.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß in allen (europäischen) Ländern umfangreiche staatliche Investitionsregulierungen vorgenommen werden. Für die Bundesrepublik ist etwa an die Vielzahl von subventions- und steuerpolitischen Maßnahmen der Investitionslenkung sowie an die indirekte Forschungs- und Investitionsfinanzierung aus Steuermitteln zu denken, die über staatliche Güterkäufe

erfolgt (z. B. Rüstung, Telekommunikation). Alle diese einzelnen Maßnahmen der Investitionsbeeinflussung sind jedoch unkoordiniert und daher dirigistischer Natur; es fehlt eine systematische Abstimmung der einzelnen Maßnahmen und ihre Orientierung an einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsplanung. Im Gegensatz zum kurzfristigen Nachfragemanagement, das zumindest auf einer systematischen theoretischen Grundlage (dem Keynesianismus) erfolgt, agiert die bisherige Investitionslenkung nach der Feuerwehrmethode: wo es brennt, wird gelöscht, aber es fehlt eine vorbeugende Brandverhütungsstrategie. Deshalb ja auch die quasi-planwirtschaftliche Produktionslenkung in der europäischen Stahlindustrie.

Nun kann an dieser Stelle nicht detaillierter auf „Rahmenplanung“

und „Investitionslenkung“ eingegangen werden, aber die Wirtschaftspolitiker sollten doch bedenken, daß die Zukunftsprobleme von anderer Qualität sind als diejenigen, die bisher zu lösen waren. Die Einigkeit über die Aufgabe, „Strukturwandel“ zu fördern, entbindet nicht von einer genaueren Analyse der erforderlichen strukturpolitischen Strategien. Vor allem lassen die qualitativ neuen Strukturfragen den „Rahmen“ des marktwirtschaftlichen Prozesses nicht unberührt, so daß in Zukunft noch viel weniger damit gerechnet werden kann, daß die Strukturprobleme vorwiegend oder allein über Marktprozesse gelöst werden können.

Der herkömmliche Interventionismus war ja bereits eine Reaktion auf marktwirtschaftliche Regelungsdefizite; diese Defizite sind

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**

**Christian Wilhelms**

**MARKT UND MARKETING IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
- Exportleitfaden für Entwicklungsländer -**

Das praxisnahe Handbuch - gegenüber der 1971/72 unter gleichem Titel in englischer, französischer und spanischer Version erschienenen HWWA-Veröffentlichung konzeptionell und inhaltlich grundlegend verändert - soll zur Förderung des Handels der Entwicklungsländer beitragen. Es bietet sowohl exportinteressierten Unternehmen in Entwicklungsländern als auch deutschen Firmen wichtige Basisinformationen über den deutschen Markt, zeigt Ansatzmöglichkeiten für die Geschäftsanbahnung auf und gibt erste Orientierungen zum Marketingverhalten im Export von Fertigwaren im Konsumgüterbereich.

Großoktav, 203 Seiten, 1980, Preis brosch. DM 42,-

ISBN 3-87895-186-8

**V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G**

nicht verschwunden, sondern haben sich noch verstärkt. Deshalb wird auch kein genereller Rückzug des staatlichen Interventionismus erfolgen. Vielmehr besteht – wie ausgeführt – die Tendenz, die soziale Komponente des Interventio-

nismus zu schwächen, um mehr Spielraum für staatliche „Wirtschaftsförderung“ zu gewinnen. Die Last einer solchen Politik tragen jene, die schon bisher durch die Primärverteilung benachteiligt wurden und die das privatkapitali-

stische Beschäftigungssystem „aussortiert“. Das konservative Menetekel entziffert sich nicht als „Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens“, sondern als Angriff des Privatkapitals auf die sozialstaatliche Demokratie.

Kurt W. Rothschild

## Die nächste Renaissance des marktkritischen Denkens kommt bestimmt!

So wie in der Politik kann man auch in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ein ständiges Auf und Ab bestimmter Ideen und Zielvorstellungen beobachten. Markt und Plan, Freihandel und Protektionismus, Privatisierung und Verstaatlichung usw. werden in wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen immer wieder und mit wechselndem Geschick miteinander konfrontiert, ohne daß eine bestimmte Richtung alle anderen aus dem Felde schlägt.

Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, wo *im großen und ganzen* ein ständiger Fortschritt von weniger akzeptablen zu akzeptableren Theoriegebäuden erkennbar ist, sind die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften meist durch ein Nebeneinander verschiedener „Schulen“ mit abweichenden Grundannahmen und Schlußfolgerungen gekennzeichnet. Aus diesen entwickeln sich zwar auch allmählich neue und verfeinere Theorien, die aber keine Synthese erbringen, sondern auf höherer Ebene die alten Konfrontationen reproduzieren.

Hierfür gibt es zwei fundamenta-

le Gründe: erstens die enorme Komplexität und historische Bedingtheit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erscheinungen und zweitens die ideologische Bedeutung von sozialwissenschaftlichen Aussagen in einer durch Gruppeninteressen und Konflikte charakterisierten Welt.

Die Komplexität und historisch-institutionelle Bedingtheit wirtschaftlicher Abläufe bewirkt, daß Theorien, welche eine allgemein gültige Darstellung des gesamten Wirtschaftsprozesses anstreben, *notwendigerweise* einen hohen Abstraktionsgrad aufweisen und auf einige wenige relevante Zusammenhänge beschränkt bleiben müssen. Das hat den Vorteil, daß einige schwer durchschaubare Zusammenhänge besser analysiert werden können, und den Nachteil, daß eine ganze Reihe anderer Faktoren und konkreter Umstände zu kurz kommen.

Die miteinander konkurrierenden und koexistierenden Theorien sind somit – soweit sie nicht geradewegs unsinnig sind – Teilmodelle, welche bestimmte Mechanismen der Wirtschaft vereinfacht mit allen ihren Implikationen darstellen.

Markttheorien zeigen, wie und wie-so aus vielen Einzelentscheidungen ein sinnvolles Ergebnis resultieren kann, keynesianische Theorien decken die Mechanismen von Marktstörungen und die Wirkungen korrigierender Eingriffe auf, und so weiter und so fort. Da wir es in der Realität verschiedener Zeiten und Länder stets mit neuen Kombinationen verschiedenster Bedingungen zu tun haben, würde ein gewissenhafter Erkenntnisprozeß ebenso wie eine wirtschaftspolitische Rezeptur stets eine ausgewogene Anwendung der jeweils relevantesten Theorieelemente erfordern.

Diesem Weg, der viel Verständnis und Fingerspitzengefühl erfordert, steht aber häufig das ideologische Element entgegen. Denn die einzelnen Theorien stellen meist nicht nur einen bestimmten Wirkungszusammenhang in der Art eines Naturgesetzes leidenschaftslos dar, sondern sind häufig mit Werturteilen verknüpft, die diesen Zusammenhang als besonders günstig oder ungünstig bezeichnen. Damit tritt der Charakter der Theorien als Teilerklärung der Wirklichkeit in den Hintergrund,

und es kommt zu interessenmäßig gefärbten „ordnungspolitischen“ Auseinandersetzungen, in denen die speziellen Modelle verabsolutiert werden.

An die Stelle der Koexistenz und wissenschaftlichen Debatte tritt die Konfrontation. Idealisierte Theorien dienen dann bestimmten Interessen, die aus einem bestimmten Mechanismus am ehesten Vorteile erhoffen können. So kommen idealisierte Markttheorien vor allem den Interessen der „*beati possidentes*“ entgegen, deren starke Ausgangsstellung am Markt die Vorteile dieses Systems in bestem Licht und die Nachteile als unbedeutend erscheinen läßt. Interventionistische Theorien sprechen hingegen die weniger privilegierten Gruppen an, die am Markt weniger zum Zuge kommen oder – wie die Arbeitslosen – die Hauptlast des Marktversagens zu tragen haben.

### Ideologische Wellen

Wie steht es nun mit der Frage: Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens? Wenn die Frage lautet: „*Brauchen* wir eine Renaissance des marktwirtschaftlichen Denkens, um die heutige Realität erkenntnistmäßig besser erfassen zu können?“, dann kann die Antwort wohl nur „Nein“ lauten. Das „reine“ Marktmodell entspricht den Vorgängen in den entwickelten Industriestaaten – von den USA bis Schweden, von der Schweiz bis Japan – heute weit weniger als zur Zeit, als es entwickelt wurde. Wir treffen überall gemischte Systeme an, mit Oligopolen, multinationalen Gesellschaften, staatlichen Bürokratien, ökologischen und Infrastrukturproblemen etc., die durch ein klassisches Marktdenken analytisch und praktisch nur zu einem geringen Teil erfaßt werden können.

Eine gewisse Renaissance des

marktwirtschaftlichen Denkens im normativ-ideologischen Sinn ist jedoch unverkennbar. Der Ruf nach „Mehr Markt“, nach Reprivatisierung, nach Einschränkung von Sozialpolitik und staatlicher Tätigkeit ist lauter geworden. Warum? Ich glaube, es lassen sich zwei Einflüsse erkennen. Der erste hängt mit einem allgemeinen politischen Wandel zusammen. Der progressiven Grundwelle der sechziger Jahre, die im Pariser Mai besonders deutlich zutage trat, ist im letzten Jahrzehnt eine konservative Welle gefolgt. In der Politik heißt das, daß „Law and Order“ im Vordergrund stehen und Reformen mißbilligt werden. Im Bereich der Wirtschaft führt diese konservative Geisteshaltung zur Überbetonung des Marktregulativs mit seiner Konservierung bestehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Machtpositionen.

Der zweite Einfluß hängt unmittelbar mit dem Wirtschaftsablauf und dem ökonomischen Ordnungsgedanken zusammen. Wir leben in einem Wirtschaftssystem, das bestimmte inhärente Mängel aufweist, die tief in seiner Struktur verankert sind. (Andere Wirtschaftssysteme haben andere Mängel; aber das ist hier ohne Belang.) Dazu gehören vor allem die mit dem Markt, privatem Eigentum und privaten Investitionsentscheidungen verknüpften Tendenzen zu Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie zu konjunktureller Instabilität.

Diese Schwächen des Marktes führen von Zeit zu Zeit zu interventionistischen Forderungen, welche diese Nachteile beseitigen sollen. Dies kann innerhalb dieses Systems nur zum Teil gelingen. Gleichzeitig werden dann aber die spezifischen Schwächen des Interventionismus sichtbar, wie bürokratische Schwerfälligkeit, Störun-

gen im Allokationsmechanismus des Marktes etc.

### Marktorientierung vs. Regulierung

Wir haben somit die Situation, daß in einem unvermeidlich instabil-inegalitären System mit *notwendigerweise* gemischten Lenkungsformen *reine* Ordnungsmodelle (naive Markttheorie, naiver Keynesianismus) mehr versprechen, als sie halten können. Und das führt zu ideologischen Wellen. Auf Perioden einer betonten Marktorientierung, in denen die Probleme des Marktversagens deutlicher in Erscheinung treten, folgt eine verstärkte Forderung nach Regulierung, welche einige der Marktschwächen dann tatsächlich beseitigt, aber nun ihrerseits die Probleme des Interventionismus in den Vordergrund rückt. Der Markt als Prinzip beginnt wieder in einem freundlicheren Licht zu erscheinen.

Die langen Jahre semi-keynesianischer Beschäftigungs- und Wachstumspolitik waren zwar recht erfolgreich, konnten aber die zu hoch gesteckten Ziele einer stabilen Wohlfahrtsgesellschaft nicht erreichen. Andererseits traten die Probleme des Interventionismus im Laufe der Zeit deutlicher in Erscheinung. So konnte für eine Generation, welche den marktbedingten Anstoß zu keynesianischem Denken nicht erlebt hat, das Marktprinzip und das Marktdenken wieder an Attraktivität gewinnen. In dem Maße, in dem versucht wird, dieses Denken als exklusives „Ordnungsprinzip“ in die Praxis umzusetzen (Mrs. Thatcher läßt grüßen!), werden die Schattenseiten und Probleme des freien Marktes wieder deutlicher werden. Die nächste Renaissance des marktkritischen Denkens kommt bestimmt.